

Wahlprüfstein PETA
Antworten von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg

Frage 1

Tierschutz-Verbandsklage

Bundesländer wie Berlin und Baden-Württemberg haben das Tierschutz-Verbandsklagerecht eingeführt.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, in Brandenburg ebenfalls ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen einzuführen?

Antwort:

Ja, wir setzen uns weiterhin für ein weit reichendes Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen ein.

Frage 2

Landwirtschaft und Ernährung

Die „Tierproduktion“ und die Fischerei zählen zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien.

Wird sich Ihre Partei für Ausstiegshilfen für tierhaltende Landwirt:innen und Fischer:innen einsetzen?

Antwort:

Dank grüner Regierungsbeteiligung hat Brandenburg jetzt einen Klimaplan. Bis 2045 soll Brandenburg klimaneutral werden, das gilt für den Verkehr ebenso wie für die Landwirtschaft oder die Industrie. Die geplante Nutztierstrategie wurde allerdings von SPD und CDU blockiert, einen Plan für die Entwicklung der Tierhaltung hat das Land daher bislang nicht. Aus bündnisgrüner Sicht muss es vor allem darum gehen, dass industrielle Tierhaltungen nicht mehr neu genehmigt werden und bestehende Anlagen umgebaut werden. Wir halten Prämien für sinnvoll, wenn sie etwa die Weidehaltung fördern. Darüber hinaus setzen wir auf eine konsequente Anwendung des Tierschutzgebots im Grundgesetz, etwa mit konsequenten Kontrollen und neuen Regeln für den Brandschutz von Ställen.

Frage 3

Tierschutzkontrollen

Gemäß Bundesregierung (BT-DS 19/3195) werden tierhaltende Agrarbetriebe in Brandenburg im Durchschnitt nur alle 16,4 Jahre durch Amtstierärzte kontrolliert.

Befürwortet Ihre Partei mindestens jährliche Kontrollen von tierhaltenden Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre?

Antwort:

Ja. Wir haben für Brandenburg aktuelle Zahlen ermittelt: der Einsatz der letzten Jahre hat sich gelohnt! Die Landkreise haben deutlich mehr Personal eingestellt, die Zahl der Kontrollen ist gestiegen, wenn auch nicht zufriedenstellend. Zugleich ist die Zahl der ermittelten Verstöße weiterhin erschreckend. Wir haben daher mit anderen grünen Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion einen Musterlass für bessere Kontrollen entwickelt. Darüber hinaus wollen wir auf Landesebene ein multidisziplinäres Team aus Veterinärmediziner*innen, Landwirt*innen und Jurist*innen ausbauen, dass die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter in ihren Kontrollen unterstützt. Dadurch sollen die Kontrollintervalle deutlich verkürzt werden.

Frage 4

Ernährung

Die „Tierproduktion“ und die Fischerei zählen zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass zumindest in Einrichtungen der öffentlichen Hand täglich ein veganes Gericht zur Auswahl stehen muss?

Antwort:

Ja. In der aktuellen Legislaturperiode haben wir einen großen Schritt hin zu einer guten und nachhaltigen Ernährung von morgen gemacht, indem wir die Ernährungsstrategie auf den Weg gebracht haben. Damit wollen wir eine gesunde, regionale, vielfältige und fair produzierte Ernährung in Brandenburg fördern. Einen besonderen Hebel sehen wir in der Umstellung des Essensangebots in der Gemeinschaftsverpflegung, wie etwa öffentlichen Kantinen.

Mit dem Projekt „Kantine der Zukunft“ bieten wir Anbietern der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung langfristige Beratung, Koch-Workshops und Exkursionen um gemeinsam mit den Küchenteams die Kantinen Brandenburgs zu Orten zu machen, an denen gesunde, schmackhafte und nachhaltige Mahlzeiten angeboten werden. Vegane Gerichte sind hier regelmäßiger Teil des Speiseplans.

Frage 5

Tierverbrauch/Lehre

Trotz erprobter Alternativen werden für die Lehre an Universitäten, v.a. für Sezierkurse, viele tausend Tiere „verbraucht“.

Werden Sie sich dafür einsetzen, den Tierverbrauch für die Lehre in brandenburgischen Bildungseinrichtungen zu beenden und durch moderne Methoden zu ersetzen?

Antwort:

Ja - und wir haben bereits ein Recht auf ein tierversuchsfreies Studium an Brandenburger Hochschulen eingeführt und wollen weiter die tierversuchsfreie Forschung und Ausbildung fördern und voranbringen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass mindestens 50% der Mitglieder der Tierversuchskommission auf Vorschlag von Tierschutzorganisationen besetzt wird. In der aktuellen Tierversuchskommission wurden bereits alle Vorschläge der Tierschutzorganisationen für Besetzungen berücksichtigt.

Frage 6

Jagd

In Brandenburg werden jedes Jahr rund 17.000 Füchse bei der Jagd getötet – oftmals ohne „vernünftigen Grund“ im Sinne des Tierschutzgesetzes.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Füchse in Brandenburg nur noch im begründeten Einzelfall mit behördlicher Genehmigung getötet werden dürfen?

Antwort:

Wir haben uns schon jetzt dafür eingesetzt, dass der Fuchs besser geschützt wird. Die Fuchsjagd im Landeswald ist nicht mehr gestattet. Bei der Anpassung der Brandenburgischen Jagddurchführungsverordnung haben wir im Sinne des Tierschutzes und gegen den Widerstand der Jäger*innenschaft dafür gesorgt, dass die Bejagung des Fuchses nur tagsüber stattfinden darf und Totschlagfallen verboten sind. In der neuen Wahlperiode setzen wir uns für die Novelle des Jagdgesetzes ein und werden in diesem Rahmen prüfen, wie mehr Tierschutz auch im Sinne des Fuchses integriert werden kann. Durch die Landnutzung des Menschen greifen wir in das natürliche Funktionieren von Ökosystemen ein und stören u.a. auch Räuber-Beute-Beziehungen. Als

Bündnisgrüne wollen wir Wildtieren deshalb wieder mehr Lebensraum geben und setzen uns bspw. für die Ausweitung der Wildnisflächen in Brandenburg und eine naturschonendere Landnutzung v.a. in der Landwirtschaft und im Wald ein. Dadurch adressieren wir wesentliche Ursachen, die zu Konflikten mit dem Fuchs und anderen Beutegreifern führen und letztendlich zur Bejagung führen. Der Fuchs ist keine invasive, sondern eine heimische Wildart und übernimmt als solcher eine wichtige Funktion im ökologischen Gefüge.

Frage 7

Sachkundenachweis für Hundehaltung

Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt.

Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter in Brandenburg einsetzen?

Antwort:

Bündnis 90/Die Grünen setzt sich schon immer für Tierschutz und ein respektvolles Miteinander von Mensch und Tier ein. Der Umgang mit Hunden erfordert ein grundlegendes Verständnis für die Bedürfnisse, das Verhalten und die artgerechte Haltung der Tiere. Wir wollen das Bewusstsein für den Tierschutz stärken. Einen verpflichtenden Sachkundenachweis für alle angehende Hundehalter*innen in Brandenburg planen wir nicht.

Frage 8

Katzenschutz

Der niedersächsische Landtag hat 2023 als erstes Bundesland beschlossen, eine landesweite Katzenschutzverordnung mit einer Kennzeichnungs-, Registrierungs- und Kastrationspflicht für Freigängerkatzen einzuführen.

Wird Ihre Partei eine Katzenschutzverordnung in Brandenburg unterstützen?

Antwort:

Wir haben in der 7. Wahlperiode bereits den Landkreisen Möglichkeiten eröffnet, eigene Kastrationsregelungen zu erlassen. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir eine landesweit einheitliche Kastrationsverordnung erlassen. Außerdem wollen wir die Tierheime stärker entlasten, in dem wir die Kennzeichnung von Heimtieren wie Katzen verstärken.

Frage 9

Angeln

In Brandenburg ist das Angeln auf Friedfische ohne eine erfolgreich abgelegte Fischerprüfung möglich.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, das Angeln ohne Sachkunde zu unterbinden?

Antwort:

Das Angeln ohne Fischereischein entbindet nicht von der Pflicht, alle rechtlichen Bestimmungen, sei es fischereirechtlicher, tierschutzrechtlicher und naturschutzrechtlicher Art zu beachten. Verstöße dagegen können zur Anzeige gebracht werden. Um die Sachkunde sicherzustellen gibt es Veröffentlichungen und Lernangebote, wie zum Beispiel das aus Landesmitteln geförderte Projekt der Angelschulen des Landesanglerverbands Brandenburgs.

